

Bauzener Nachrichten.



Verordnungsblatt der Kreisauptmannschaft Bauzen zugleich als Konsistorialbehörde der Oberlausitz.
A m t s b l a t t

der Amtshauptmannschaften Bauzen und Löbau, des Landgerichts Bauzen und der Amtsgerichte Bauzen, Schirgiswalde, Herrnhut, Bernstadt und Ostritz, des Hauptzollamts Bauzen, ingleichen der Stadträte zu Bauzen und Bernstadt, sowie der Stadtgemeinderäte zu Schirgiswalde und Weißenberg;

Organ der Handels- und Gewerbetreibender zu Sittau.

Verantwortlicher Redakteur Georg G. Monse (Sprechstunden wochentags von 10—11 und von 3—4 Uhr). — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Bauzen.
Fernsprechanruf Nr. 51.

Die Bauzener Nachrichten erscheinen, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, täglich abends. Preis des vierteljährlichen Abonnements 3 A. Insertionsgebühr für den Raum einer Petit-
Spaltzeile gewöhnlichen Satzes 15 A., in geeigneten Fällen unter Gewährung von Rabatt, Ziffern-, Tabellen- und anderer schwieriger Satz entsprechend teurer. Nachweisgebühr für jede Anzeige und
Insertion 20 Pfg., für briefliche Auskunftserteilung 10 Pfg. (und Porto). **Nur bis früh 10 Uhr eingehende Inserate finden noch in dem abends er-
scheinenden Blatte Aufnahme.** Inserate nehmen die Geschäftsstelle des Blattes und die Annoncenbureau an, desgleichen die Herren Walde in Löbau, Claus in Weißenberg,
Lippisch in Schirgiswalde, Gustav Köhling in Bernstadt, Bahr in Königshain bei Ostritz, Reußner in Ober-Gunnersdorf und von Bindenan in Pulsnitz.

Nr. 262.

Mittwoch, den 11. November, abends.

1903.

Für die selbständigen Güterbesitzer der Rittergüter Suppa und Woda ist als stellvertretender Gutsvorsteher Herr Förster Carl Philipp Besserlein in Woda in Pflicht genommen worden.
Bauzen, am 7. November 1903. Königl. Amtshauptmannschaft.
von Kirchbach. Sch.

In das Güterrechtregister ist heute eingetragen worden, daß der Ausgl. Johann Schneider und seine Frau Anna Schneider geb. Urban in Kretschy Gütertrennung verheiratet haben.
Bauzen, den 10. November 1903. Königl. Amtsgericht.

Die Vereinigten Staaten und die Revolution in Panama.

Die Revolution im columbischen Departement Panama, welche noch vor wenigen Tagen von Washington aus mit gut gespielter Teilnahmslosigkeit als aussichtslos bezeichnet wurde, hat zu greifbaren und für die nordamerikanische Kanalpolitik auffallend günstigen Ergebnissen geführt. Sie ist gescheitert! Die Aufständischen haben in der Nacht zum 4. November die columbische Regierung in Panama durch einen lähmen Handstreich gestürzt, eine eigene Regierung eingesetzt, ein eigenes Kabinett gebildet, die von der columbischen Regierung entsandten Truppen entwaffnet und die Generale in Gewahrsam genommen.

Es fragt sich nun, ob die columbische Regierung den Dingen ihren Lauf in Panama läßt, weil sie vielleicht nicht Kriegsschiffe und Soldaten genug hat, um Panama zurückzuerobern, oder ob die columbische Regierung zu Lande von der Hauptstadt Bogota aus doch ein Heer nach Panama schickt, um die Aufständischen der föderierten Republik zu unterwerfen.

Es kommt hierbei in Betracht, daß Columbien eine föderierte Republik in der Weise ist, daß seine Provinzen eine eigene Regierung wie kleine Republiken haben, die wiederum ihre gemeinsame Zentralregierung in Bogota besitzen. In politischer Beziehung ist also die Losreißung eines Provinzialstaates wie Panama von der föderierten Republik Columbien ziemlich leicht. Nun kommt aber dazu, daß die die Oberherren von ganz Amerika spielenden Nordamerikaner offenbar die Revolution in Panama angezettelt haben und zwar zu dem Zwecke, die Landenge von Panama dadurch selbst in die Hand zu bekommen, um dadurch wiederum sich allein in den Besitz des wichtigen Panamakanals zu setzen. Die Vereinigten Staaten haben schon seit Jahr und Tag durch einen Vertrag mit Columbien leitenden Einfluß in der Landenge von Panama und in der Panamafanalfrage zu erreichen gesucht, Columbien hat sich dabei jedoch als souveräner Staat gefühlt, und den Vertrag samt der Obervormundschaft abgelehnt. Da sind die bekanntlich sehr skrupellosen Yankee's auf das Mittel verfallen, mit Hilfe großer Versprechungen und wahrcheinlich auch reichlicher Geldspenden die Panamaner zu einem Aufstande zu reizen, der auch geglückt ist. Die Vereinigten Staaten haben auch bereits die neue Regierung von Panama anerkannt und es ist kein Zweifel, daß sie auch die Bitte um Aufnahme in den Staatenverband von Nordamerika mit Freuden gewähren werden. Damit haben die Yankee's wieder einmal ein gutes Geschäft gemacht; der Weg zum Ausbau des Panamakanals ist ihnen freigemacht und die dem columbischen Staate offerierten 40 Millionen Dollars sparen sie obendrein.

Welchen weiteren Verlauf die Revolution in Panama aber nehmen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht absehen. Denn wenn sie auch in der Stadt Panama siegreich ist, so kommen doch von der anderen Seite der Landenge aus der Stadt Colon Nachrichten, daß sich dort der Befehlshaber der Truppen und des Kanonenbootes „Cathagena“ den Aufständischen in Panama nicht angeschlossen haben. Auch herrscht unter einem Teil der Bevölkerung der Stadt Panama Erbitterung gegen die Nordamerikaner, denen man jedenfalls mit Recht die Schuld an der Revolution beimißt. So liegen die Dinge in Panama jetzt sehr verwickelt, wenn nicht etwa, wie vor sechs Jahren in Cuba, die amerikanischen Dollars Wunder wirken und die Bevölkerung Panamas auf die Seite der neuen Regierung bringen, die offenbar weiter nichts ist, als eine heimliche Organisation der Nordamerikaner.

Zur Landtagseröffnung.

e. Nachdem die vorbereitenden Sitzungen des Landtags ihren Anfang genommen haben und die Stunde der feierlichen Eröffnung der Session durch Se. Majestät den König im Residenzschlosse unmittelbar bevorsteht, ist für unser engeres Vaterland eine neue bedeutende Epoche der Weiterentwicklung angebrochen, ist die Zeit gekommen, wo die im Schoße der Regierung teils aus eigener Initiative derselben hervorgegangenen, teils auf Anregung der Ständekammern zurückzuführenden gesetzgeberischen Arbeiten der Kritik und Begutachtung der Vertretung des sächsischen Volkes und der endgültigen Erledigung zugeführt werden, womit — eine angenehme Nebenwirkung des Landtags — so manche Vermutung dieser und jener Art die im Sa-

teresse eines klaren Urteils wünschenswerte Richtigerstellung

erfährt. In politischer Beziehung dürfte der Standpunkt des neuen Landtags nur wenig verändert sein. Obgleich auf dem liberalen Flügel der Zweiten Kammer eine kleine Verschiebung nach links erfolgt und ein Reformier und ein Deutschfreisinniger neu in die Kammer eingetreten sind, so steht doch nach wie vor die Majorität der Konservativen fest. Dies ist nicht ohne Bedeutung, denn der bevorstehende Landtag wird nicht nur wirtschaftliche Fragen zu erledigen haben, sondern es warten seiner auch wichtige politische Aufgaben. Die große viel erörterte und für die Zukunft Sachsens enorm bedeutende Wahlrechtsreform, zu welcher weite Kreise der Staatsbürger aller Parteischattierungen drängen, wird der Session das politische Gepräge geben und das Hauptinteresse neben dem Etat für sich in Anspruch nehmen. Da die Regierung doch noch mit einem Gesetzesentwurf zur Änderung des gegenwärtig geltenden Wahlrechtes heraustraten oder ob sie sich mit der Vorlage einer Denkschrift begnügen und den Kammern die Stellung weiterer Anträge zur Herbeiführung eines entsprechenden Gesetzes überlassen wird, ist zur Zeit noch immer ein ebenso tiefes Geheimnis, wie das Ergebnis der vertraulichen Besprechungen des Ende Oktober zusammengetretenen „Vorparlamentes“. Bringt die Regierung einen Gesetzesentwurf, was ein freudig zu begrüßender Beweis ihrer Tatkraft und Sicherheit sein würde, so wäre die Möglichkeit vorhanden, daß die nächsten Landtagswahlen schon nach dem neuen Motus erfolgen könnten; bringt die Regierung aber — und das ist nach allem, was man hört, das Wahrscheinlichere — nur eine Denkschrift, dann ist die endgültige Wahlrechtsreform für das Königreich Sachsen auf eine ziemlich unsichere Basis gestellt und zum mindesten auf vier Jahre verschoben. Ein Urteil heute hierüber zu fällen, wäre sehr lähmen. Man muß damit warten, bis etwas Positives vorliegt. An langen Debatten und weit auseinandergehenden Ansichten über die ganze Angelegenheit wird es aber weder im Plenum noch in den einzelnen Fraktionen fehlen. Die konservative Fraktion hat einstimmig in einer vertraulichen Besprechung beschlossen, die Frage der Wahlrechtsreform ohne jede Vorwegnahme zu behandeln und den Versuch zu machen, die Mängel des jetzigen Wahlrechtes zu beseitigen. Daß auch die nationalliberale Fraktion für eine Wahlrechtsreform ist, haben die Beschlüßfassungen auf dem letzten sächsischen Parteitage bewiesen. Zieht man von alledem das Fazit, so ergibt sich die Tatsache, daß eine Änderung des gegenwärtigen Wahlgesetzes unbedingt kommen wird; wie sie ausfällt und wann sie ihre Verwirklichung findet, ist eine Frage, die heute noch niemand beantworten kann. — In wirtschaftlicher Beziehung wird der Landtag in erster Linie an der Sanierung der sächsischen Staatsfinanzen weiterarbeiten und zwar derart, daß er überall im Staatshaushalt auf die größtmögliche Sparsamkeit dringt. Allzugroße Streichungen im Etat werden freilich voraussichtlich nicht erfolgen, indem das Finanzministerium im Einvernehmen mit den übrigen Ressorts sich bereits die größten Einschränkungen auferlegt hat. Der bestehende 25prozentige Zuschlag zur Einkommensteuer kann damit allerdings noch nicht aus der Welt geschafft werden; aber es ist bei der gegenwärtigen Situation, wo noch so manches in besseren Tagen begonnenes oder unausschießbares Werk vollendet bzw. erhalten werden muß, schon ein schöner Erfolg zu nennen, wenn keine neuen Schulden und keine weiteren Steuerzuschläge notwendig werden. Da aber alle Arbeit auf dem Gebiete der Besserung des Staatshaushaltes erst einen anhaltenden Erfolg versprechen, wenn von Reichs wegen endlich einmal der alte Wunsch nach einer Neuregelung des finanziellen Verhältnisses der Einzelstaaten zum Reiche erfüllt wird, darf man den Mitteilungen des Herrn Finanzministers über die Ergebnisse der kürzlich in Berlin stattgefundenen Konferenz der deutschen Finanzminister mit Spannung entgegensehen, umso mehr als von irgend einer Verbesserung des finanziellen Verhältnisses der Einzelstaaten zum Reiche für 1903 schwerlich eine Rede sein kann. Auch dem Bahnwesen unseres Landes wird der Landtag trotz der zu erwartenden Besserung der Einnahmen im laufenden Jahre seine ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. In Bezug auf die Besserung unserer Finanzwirtschaft, besonders der Kontrolle derselben, ist ein zu erwartender Gesetzesentwurf erhöhter Beachtung wert, durch den die Verhältnisse der Oberrechnungskammer neu geregelt

und die wesentlicheren etatsrechtlichen Grundsätze für die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben beim Staatshaushalt festgelegt werden. Eine weitere wichtige gesetzgeberische Arbeit wird die Beratung eines neuen Gemeindesteuergesetzes sein, das den Zweck hat, den Gemeinden einheitliche Grundsätze und Vorschriften bei der Aufbringung der Gemeindesteuern zu geben, zu Tage getretene Mißstände zu beseitigen und den Gemeinden gewisse Beschränkungen bei der Heranziehung von Steueroberjekten aufzuerlegen. Was sonst dem Landtage noch für Gesetzesentwürfe zugehen, kann zur Zeit noch nicht gesagt werden. An Petitionen wird es auch diese Session durchaus nicht fehlen; am wenigsten Aussicht auf Erfolg haben die auf Eisenbahnneubauten gerichteten.

Möge dem Landtage seine in den letzten Jahren immer schwieriger gewordene große Aufgabe recht gut gelingen, damit die herrschende Unzufriedenheit gewisser Kreise wieder einem froheren Gefühl der Zuversicht und des Vertrauens Platz macht zum Segen unseres engeren Vaterlandes, zum Wohle des Deutschen Reiches.

Erkrankung Sr. Majestät Kaiser Wilhelms.

Nach der „Köln. Bzg.“ ist die Operation beim Kaiser am Sonnabend vormittag 10 Uhr vorgenommen worden. Der Kaiser habe die Operation mit der größten Kaltblütigkeit ertragen. Die „Post“ erklärt, daß die kleine, am Kaiser vollzogene Operation verhältnismäßig nicht schwer gelinge. Für einen so außerordentlich erfahrenen Kehlkopfoperateur wie Moritz Schmidt sei die diesmalige Entfernung förmlich eine Spielerei gewesen. Der Berliner Vertreter der „Frankf. Bzg.“ schreibt unter Hervorhebung, daß ein auf dem Gebiete der Kehlkopfoperationen hervorragender Spezialist die Diagnose Schmidts und den Bericht Drth's als goldklar und jeden Zweifel ausschließend bezeichnet habe: „Die Operation eines Polypen am Stimmbande ist an sich so wenig bedeutend, daß man bei einem Privatmanne kein Aufhebens davon machen würde. Nur weil es sich um den Kaiser handelt, und um übertriebene Befürchtungen und Gerüchte auf Grund naheliegender Analogien auszuschließen, hat man den Operationsbericht und gleichzeitig das Gutachten des pathologischen Anatomen Professor Drth, des Nachfolgers von Virchow, veröffentlicht.“

Mehrfach wird hervorgehoben, daß die Entstehung solcher Polypen durch Ueberanstrengung bei vielem und stark akzentuiertem Reden in hoher Lage veranlaßt wird. Prof. Moritz Schmidt selbst gibt in seinem Lehrbuche „Die Krankheiten der oberen Luftwege“ der Meinung Ausdruck, daß die Bildung dieser einfachen Polypen durch einen falschen Ansat der Stimme, durch das Breßen sehr begünstigt werde. Man beobachtet aus dem gleichen Grunde bei Sängern oft Rückfälle, während man durch Umschulung der Gesangsweise oft infolge sei, solche zu verhindern.

In einem Teile der Windgewebszellen des herausgenommenen Polypen hat Prof. Drth braune Pigmentförmchen gefunden, die von früheren kleinen Blutungen herrührten. Diese Angabe ist nach der „Nat.-Bzg.“ nur so aufzufassen, daß innerhalb des kleinen Polypen, der eine größere Anzahl allerfeinster dünnwandiger Blutgefäße enthält, minimale Blutungen stattgefunden haben. Diese Blutungen entstehen oft durch leichte Quetschungen, die bei lautem, anstrengendem Sprechen durch das Zusammenziehen und die Schwingungen der Stimmlippen eintreten. Nach einiger Zeit werden diese minimalen Bluttröpfchen resorbiert und Spuren davon bleiben als Reste des Blutfarbstoffes in Gestalt von allerfeinsten braunen Pigmentförmchen in der Neubildung zurück. Diese Ueberbleibsel beweisen aber auch, daß der Polyp schon längere Zeit bestanden und Heiserkeit zc. verursacht haben muß. Tatsächlich ist es auch der näheren Umgebung des Kaisers seit etwa drei Wochen aufgefallen, daß die Stimme des Kaisers permanent heiser und belegt klang. Uebrigens ist nach der „Nat.-Bzg.“ der Kaiser der einzige Patient, dem der Dr. Moritz Schmidt sein ärztliches Können widmet, denn seit etwa einem halben Jahre hat dieser seine ärztliche Praxis in Frankfurt a. M. vollständig aufgegeben.

Aus dem Inland wie aus dem Ausland hat der Kaiser aus Anlaß der Operation zahlreiche Glückwünsche erhalten, so auch vom Präsidenten Roosevelt.